

Ein partieller Rückzug aus peripheren Alpentälern?

**Wahre Worte sind nicht schön,
Schöne Worte sind nicht wahr**

Lao-tzu, chinesischer Philosoph, 6. Jh.v.Chr.

Gefordert: Visionen mit Plan

Manche Idee kommen angeblich nicht zur richtigen Zeit, dies ist zumindest oft die Begründung, um sie ablehnen zu können. Ich habe selten vom geeigneten Zeitpunkt gehört. Ich nehme an, dass auch die hier unterbreiteten Gedanken nicht zum «richtigen Zeitpunkt» geäußert werden. Ergänzende Attribute lauten, sie seien naiv, utopisch, zu visionär, praxisfremd oder schlicht «grüne Spinnerei». In John Lennons Lied «Imagine» heisst es: «You may say I'm a dreamer», also man sei ein Träumer. Auch das hörte ich nicht so selten. Ich meine es sollte mehr geträumt, Visionen entwickelt werden, allerdings mit einem Plan. Es sind konzeptionelles Denken und Strategien über Mandatszeiten hinaus gefragt, ich nenne es auch Vor-, Nach- und Querdenken. Das kommt nach meiner Meinung zu kurz. Damit würde man sich Herausforderungen stellen. Das muss mit Empathie ergänzt werden, was häufig fehlt.

Naturereignisse verdichten sich

Warum solch ein Einstieg? Er ist das Präludium, das Vorspiel zum Nachfolgenden. Wir erleben aktuell Naturereignisse, wie man sie noch nie kannte. Die Rhone führte um Siders eine höchste gemessene Wassermenge. Man spricht von Jahrhunderthochwasser, dabei hatte die Rhone bereits im Herbst 2000 Damnbrüche erlebt. Im bündnerischen Misox haben Gerölllawinen Häuser zerstört, Menschenleben gefordert, die Nationalstrasse A13 entlang der Moesa wurde auf 200 Metern spektakulär weggerissen. Im hinteren Maggiatal fielen lokal innerhalb weniger Stunden über 200 mm Niederschlag, ein wahres Inferno, wobei man doch auf der Südabdachung an Starkregen gewöhnt ist. Die schwüle Luft am Alpenrand erneuerte die Gewitter immer wieder. Warme Luft kann mehr Feuchtigkeit enthalten, entsprechend heftiger fallen Starkniederschläge. In Cannero am Lago Maggiore erlebte ich bei diesem sintflutartigen Niederschlag, dass sich der See braunrot färbte, was ich noch nie gesehen hatte. Es dürfte eine Kombination von Sedimentfracht verbunden mit Saharastaub gewesen sein. Die sieben hochstämmigen Bäume auf meinem Grundstück wurden in den letzten Jahren von Wirbelwinden zerrissen. Zyklone waren dort vorher nicht bekannt. Die Erhitzung im Alpenraum verläuft doppelt so rasch wie sonst auf dem Kontinent. 3 Grad Erwärmung dürften bis Ende des Jahrhunderts erreicht werden statt der politisch sanktionierten 1.5 Grad. Die Extremereignisse werden sich dann nicht verdoppeln, sie können exponentiell zunehmen.

Die Schweiz investiert jährlich gegen 3 Milliarden Franken in den Schutz vor Naturgefahren, wovon 1.2 Mia. auf die Öffentlichkeit entfallen. Die bisherigen Investitionen in Schutzbauten werden auf 50 Mia geschätzt. Wenn nun aber alles mehrfach passiert, wie derzeit auf der Alpensüdseite und im Wallis, kann das ökonomisch schwierig werden. Nach den inzwischen erstellten Gefahrenzonenplänen leben hierzulande 1.8 Millionen Menschen in potenziell gefährdeten Gebieten, und dies trifft ein Fünftel der Bevölkerung allein im Hochwasserbereich.

Unbegrenzte Geldmittel?

Neben der Hochwassergefahr in den grossen Alpentälern finden sich viele dieser gefährdeten Räume in dünn besiedelten Bergtälern. Je stärker der Klimawandel sich auswirkt, desto mehr stellt sich die Frage, wo sich der Schutz «lohnt». Es geht also auch um eine Kosten-Nutzen-Abwägung. Der Bund und die Kantone investieren via Finanzausgleich, Agrarsubventionen und andere Leistungen bereits heute viel Geld in die strukturschwachen Gebiete in den Alpen. Dafür erhalten wir Gegenleistungen, z.B. für unsere Erholung, Energielieferungen oder Biodiversität. Der Klimawandel wird allerdings die Kosten beschleunigen. Das geschieht teils auch leise. So gelten 15% der Schweizer Seilbahnstationen wegen steigender Temperaturen durch Verlust des Permafrostes als einsturzgefährdet und manche SAC-Hütte muss verlegt werden. Die Schneekanonen werden immer mehr, auch hier fließen Subventionen.

Betrachten wir hinsichtlich der Kosten den Bergrutsch von Brienz in Graubünden, wo sich die Reliefenergie besonders stark auswirkt (wenig beachtet: ähnliches im gleichen Jahr im Val Roseg im Engadin). In Brienz soll ein Entwässerungsstollen für 40 Millionen Franken dafür sorgen, dass der Hang weniger rutscht. Das Dorf hat 72 ständige Einwohner, auf jeden Einwohner entfallen so eine gute halbe Million Franken. Es verbleiben Unsicherheiten über den Wirkungsgrad solcher Massnahmen. Das sind die Kosten für den Stollen, es wurden bereits Gesamtkosten von 68 Mio. Franken berechnet, andere Zahlen sprechen von 80 Millionen. Sind dies Einzelfälle, so ist das finanziell verkraftbar und der Einsatz der Allgemeinheit sympathiegetragen. Sind die Geldmittel aber unbegrenzt vorhanden um weitere Siedlungen oder Talschaften vor Naturgefahren zu schützen (Stichwort Wallis, Schwanden, Braunwald in Glarus oder Täler in der Südabdachung)? Immerhin gelten ja rund 10% der Schweiz potenziell durch Naturgefahren bedroht!

Es tut sich was, vielleicht im Falle Brienz ohne, sonst aber vor allem mit dem Klimawandel. Ziehen wir daraus die nötigen Schlüsse? Ich meine hier wird einiges verdrängt, weil brisant, insbesondere für politische Mandatare. Es geht um sensible Fragen: Identität gegen Ökonomie, die Freiheit des Einzelnen gegen Kosten der Allgemeinheit, es geht um Heimat. Die Frage nach einer nötigen Umsiedlung oder allfälligem Subventionsabbau für bestimmte Räume besitzt politische Sprengkraft und die sozio-politischen und kulturellen Faktoren sind schwer mit Kosten zu beziffern. Ich kenne das Thema aus Gesprächen mit einstigen Bewohnern von Siedlungen, die in Stauseen untergegangen sind (Marmorera, Sihlsee, Graun-Reschensee). Es spricht einiges dafür, dass sich im Zuge des Klimawandels solche Fragen häufiger stellen werden.

Noch kann man die Schäden nach Hochwasser und Murgängen beheben und alles wieder herrichten. Der «ländliche» Raum hat dabei in der Regel 10% an die Kosten zu leisten, 90% fließen in Form von Subventionen vom Bund und Kanton. Schutzmassnahmen zu treffen ist ein gutes Business-Modell. Aber wenn das zwei- bis dreimal nacheinander und zudem noch in wenig besiedelten Gebieten geschieht, dann werden Wiederaufbau und Sanierung immer schwerer zu rechtfertigen. Das dürfte sich in den alpinen Südtälern mit den gegebenen Starkniederschlägen akzentuieren. Diesem Szenario müssen wir uns stellen. Wir verfügen seit drei Jahrzehnten über Daten und Experten, die raumplanerisch vorausschauen könnten, statt uns danach teuer zu schützen. Wir nutzen dies nach wie vor zu wenig. Fürchten wir uns vor dem Richtigen? Und wie sicher ist sicher genug? Fragen, die präventiv zu wenig gestellt werden. Drohende Naturgefahren sind das eine, es stellen sich hier weitergehende Fragen über den Einzelfall hinaus.

Der Tabubruch mit «der alpinen Brache»

Im Jahr 2006 erstellten vier Architekten und ein Geograph ihre Visionen zur «städtebaulichen Zukunft der Schweiz» am ETH Studio Basel. Sie schlugen vor, strukturschwache Täler als «alpine Brache» vergangen zu lassen, das heisst dort nicht mehr zu investieren und auf Subventionen zu verzichten. Es wurde im Bericht ausgesagt, dass das «Ländliche» als fixe Idee in den Köpfen der Menschen existiert, die reale Welt aber anders aussehe. Die Idylle des Ländlichen pralle auf die Realitäten u.a. des Klimawandels oder der Biodiversitätsverluste. Die Studie löste in den Berggebieten eine Welle der Empörung aus. Das traf die föderalistische Schweiz in ihrem Innersten. Zugegeben, dem Tabubruch fehlte eine begleitende Kommunikation. Mit dem laufenden Klimawandel und den jetzigen verdichteten Ereignissen, die wir aus Menschensicht als Katastrophen bezeichnen sowie die erkannten Notwendigkeiten für den Erhalt der biologischen Vielfalt, kommt dieser Tabubruch des Jahres 2006 wieder auf den Tisch, so in der Neuen Zürcher Zeitung vorgelegt (siehe Quellen).

Für den einzelnen Betroffenen ist ein allfällig geordneter Rückzug brutal, doch wird man dem gerecht, wenn man das Thema totschrweigt? Wir werden nicht umhin kommen Risikoabwägungen vorzunehmen. Es ist offensichtlich, dass wir uns beim Bauen in Lagen exponiert haben, die nicht hätten überbaut werden sollen. Das wird kosten. Nach meiner Meinung hätte man manche Nationalstrassen nie so dicht an die Fliessgewässer legen dürfen, sei dies an der Rhone, an der Moesa oder am Alpenrhein. Es gibt keinen anderen Weg als den kanalisierten Flüssen wieder mehr Platz zu geben. Das erschwert uns nun die aus wasserbaulichen Gründen notwendigen Ausweitungen der Gewässer. Diese sind umso dringlicher, weil die Gefahr in dicht besiedelten Tälern besteht, dass die Fliessgewässer über die Ufer treten und hier sehr viele Menschen und Anlagen bedrohen. Dammerhöhungen oder Gewässervertiefungen wären nur eine «Pflasterlepolitik» der Symptombekämpfung. Die Problematik wurde noch nicht überall verstanden, wie die Querelen an der Rhone zeigen, wo eine Ausweitung des Flusses zur Gewinnung von mehr Sicherheit bekämpft wird, obwohl das Projekt nach intensiven fachlichen Abklärungen genehmigt vorliegt. Was sagt nun das offizielle Wallis nach den jüngsten Ereignissen dazu?

Natur Natur sein lassen

Verlassen wir die stark besiedelten Flusstäler mit hohem Handlungsbedarf und gehen zurück in strukturschwache und wenig bis nicht besiedelte alpine Täler. Warum kann man hier den Gedanken für eine «alpine Brache» oder eine nur sehr extensive Nutzung als «wilde Weiden» nicht zulassen? Dass man Orte aus verschiedenen Gründen im Verlaufe der Siedlungsgeschichte aufgegeben hat, ist nicht erst mit dem laufenden Klimawandel verbunden. So haben etwa die Walser in meinem alltäglichen Vaduzer Panorama ihren Siedlungsraum von «Palfries» beim Gonzen Ende des 14. Jahrhunderts besiedelt und um 1600 aus klimatischen Gründen während der «kleinen Eiszeit» wieder verlassen. Auch anderswo in der Schweiz gibt es innerhalb wie ausserhalb der Alpen zahlreiche Beispiele der Aufgabe von Siedlungen, was unter dem Begriff der «Wüstungen» abgehandelt wird. Diese Nutzungsaufgabe und Räume den Launen der Natur zu überlassen, fällt selbstverständlich schwer. Es ergeben sich im Alpenraum grosse Schwierigkeiten absichtlich freizustellen, also bewusst nichts zu tun und dem Unterlassen Priorität einzuräumen. Das begegnet Misstrauen und es wird als Missachtung der Grundbedürfnisse nach Arbeitsplätzen und weiterem betrachtet. Solange dies so gesehen wird, bleibt «Ziel-Wildnis» ein «Abfallprodukt» ökonomischer Zwangssituationen und besitzt keinen Eigenwert.

Nichts tun und «Natur Natur sein lassen» fällt uns offensichtlich «genetisch» bedingt schwer. Wir sind Nutzen und Pflegen gewohnt. Dabei wissen wir inzwischen, dass ein wichtiges Ziel bei der Erhaltung

der Biodiversität ist, der Dynamik freien Lauf zu gewähren. Inzwischen wurden 90% aller überschwemmbar Auen zerstört. Die hier typischen dynamischen Prozesse verhindern wir in den letzten beiden Jahrhunderten massiv. Als Ersatz muss uns einiges an guten Lösungen mit Ausgleichsmassnahmen einfallen. Die EU hat hierfür ein Renaturierungsprogramm gestartet.

Dies wurde auch im Rahmen der Biodiversitäts-Konvention im Dezember 2022 in Montreal erkannt und es wurde auch mit der Stimme der Schweiz beschlossen, 30% Schutzgebiete auszuweisen, davon mindestens 10% unter strengem Schutz, also Natur Natur sein zu lassen. Und das soll bis 2030 umgesetzt werden! Ist eine solche Umsetzung in den kommenden sechs Jahren überhaupt möglich? Ich befürchte, wir werden viel «Greenwashing» erleben, indem man Schutzgebiete ohne ausreichende Aussagen über die biologische Vielfalt ausweist.



Oben links: Die traditionelle alpine Kulturlandschaft besitzt einen hohen Landschaftswert, birgt ohne Stickstoffüberfluss biologische Vielfalt und ist erhaltenswert. **Oben rechts:** Die traditionelle Kulturlandschaft sollte rund um die Dörfer erhalten bleiben. **Unten links:** Auch nicht mehr alpwirtschaftlich genutzte Lagen werden bei der gegebenen hohen Reliefenergie ihrer Standorte nicht einfach zuwachsen. Es sind dies Refugialräume für Wildtiere. **Unten rechts:** Periphere Alpen könnten auch als sogenannte «wilde Weiden» mit Robusttieren genutzt werden.

Vom «Malus» zum «Bonus» in einer Gesamtschau?

Ich meine gezielt Wildnis zuzulassen, wie wir dies im Engadiner Nationalpark kennen, dies müsste keinesfalls zum Nulltarif erfolgen. Solches ist in eine Regionalplanung einzubeziehen. Hier kann einerseits Hilfe zur Selbsthilfe entwickelt werden, es kann ebenso gezielt ausser Nutzung gestellt werden. Die Schweiz will ihre Klimaneutralität auch mit CO₂-Freikauf erreichen. Man kauft CO₂-Zertifikate weltweit zur CO₂-Kompensation, was auch als «Ablasshandel» bezeichnet wird und einen

schlechten Ruf hat. Wie wäre es, wenn wir konsequent auch im eigenen Land nicht mehr genutzte Wälder in den Seitentälern als CO₂-Senken anerkennen und abgelden? Dies wurde 2010 in einem ersten Projekt in der Oberallmeindkooperation Schwyz realisiert. So würde der «Malus» der «sozialen Branche» zum «Bonus» gewandelt, was eine Anerkennung von Zielwildnis erleichtern würde. Es wäre auch sinnvoll, die genutzten Alpflächen zu reduzieren. Muss denn wirklich auch der hinterste Fleck der Schweiz auch genutzt sein? Es herrscht eine «Alpverklärung», ein Mythos Alp, in der diese als Ort der Freiheit, Ursprünglichkeit und Naturverbundenheit empfunden und dargestellt werden. Dabei hat die Alpwirtschaft immer mehr mit strukturellen und wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen. Der Alp gehen die Nutztiere aus (Stichwort Hochleistungskühe, die nicht gealpt werden, diese Tiere sind nicht geländegängig). Auf der Alp wird immer weniger Käse produziert, es sollen gerade noch 4% der schweizerischen Käseproduktion sein. Viele Alpen haben zudem hygienische Probleme bei der Käseherstellung. Das alles ist als Faktum zur Kenntnis zu nehmen.

Dabei gibt die Natur unbeschrieben von diesen Diskussionen den Takt an, jedes Jahr wächst die Fläche des Walensees in der Schweiz zu. Es wäre Zeit, sich diesen Realitäten zu stellen. Eine Vegetations-Sukzession ist nicht nur schlecht, obwohl das vielfach angenommen wird. Wir vergessen dabei, dass es eine lange Zeit ohne menschlichen Einfluss gegeben hat, welche durch die Evolution gesteuert wurde und die biologische Vielfalt geschaffen hat. Darauf gestützt konnten sich die menschengemachten Nischen bis zur Waldgrenze als traditionelle Kulturlandschaft mit hoher Biodiversität entwickeln. Viele dieser Flächen werden als Voralpen (Maiensässe) und Alpen genutzt. Eine zukunftsfähige qualitativ hochstehende Alpwirtschaft könnten wir auf die bestgeeigneten Lagen konzentrieren. Das sind vor allem die noch verbliebenen Kuhalpen, ergänzend einige «wilde Weiden» für Robusttiere wie das rätsche Grauvieh. Wir brauchen dafür nicht noch den letzten Fleck Erde zu beanspruchen und zu erschliessen. Ein bewusster Rückzug aus einigen Seitentälern ist möglich. Im Graubündner Siedlungsbericht 2007 ist das wie folgt formuliert: «Gebiete, welche nicht mehr bewirtschaftet werden und auch keine Schutzfunktion für den Siedlungsraum erfüllen, sind gezielt der Natur zuzuführen». Die Wildtiere, für die wir auch Verantwortung tragen, werden es uns danken.



Links: Auf der Südabdachung der Alpen werden bereits heute grössere Flächen nicht mehr genutzt und als Wildnis der Natur überlassen. **Rechts:** Nicht jeder Fleck Erde muss auch mit Nutztieren belegt sein.

Mit einer Tabuisierung des Schrumpfens ist es nicht getan. Der Kanton Graubünden hat 2007 das Thema aufgegriffen, um es dann wieder in den Schubladen verschwinden zu lassen. Allein schon der verwendete Begriff der «potenzialarmen Räume» führte in den betroffenen Gebieten zu Abwehrreflexen. Auch zu hörende Schlagworte wie «urban werden oder verschwinden» helfen nicht weiter. Aber ein schlichtes Aussubventionieren gegen die Schrumpfungsprozesse ist teuer und wenig

effektiv. Auch eine rückblickende nostalgische Betrachtung in der Abwehr hilft nicht weiter. Ein geordneter Rückzug, mit Milderung negativer Begleiterscheinungen, ist angesagt.

Es ist meine Vision, dass man sich mit klaren Zielen und Fakten den Wirklichkeiten stellt, den Dialog hierfür aufnimmt. Der Permafrost taut weiter, immer mehr Geröll donnert ins Tal. Die Schadenssummen wachsen, die Frage nach dem Grenznutzen ist sinnvoll. Das Tabuthema des möglichen Rückzuges aus gewissen Lagen gehört wieder auf den Tisch. Die Bergpolitik muss im Interesse des Berggebietes umdenken, von ihrer reinen Verteidigungshaltung herauskommen, sich an einem konstruktiven Dialog aus eigenem Interesse beteiligen. In Samuel Becketts (1906-1989) Theaterstück «Warten auf Godot» lautet ein Dialog: «Was ist los? Was geschieht? Irgendetwas geht seinen Gang!» Dies findet statt, es nähert sich der Zeitpunkt, wo die drohenden weiteren Schäden durch den Klimawandel noch teurer werden, das Bisherige kann nicht überall und zu jedem Preis am Leben erhalten werden. Es gilt, sich umfassende Gedanken zum Alpenraum im Hinblick auf die Naturgefahren wie auch auf die Ökologie (Stichwort Dynamik) zu machen.



Links: Hochwasser in Laufen (BL) vom 9.8.2007 – Unsere Flüsse haben einen gewissen Bedarf an Raum, den wir ihnen in den letzten beiden Jahrhunderten weggenommen haben und den wir in Teilen für ihre Wiederbelebung zurückgeben müssen. (© <https://web.archive.org/web/20161101200456/http://www.panoramio.com/photo/110882035>). **Rechts:** Fontana, Tessin, am 2. Juli 2024, (©Marcel Niedermann).

Wie weiter?

Hier wird eine Analyse in ihrer Vielfalt versucht. Sie mag als «intellektuell» gefärbt rüberkommen, sie weist in der Argumentation einige Verkürzungen auf und so besteht die Gefahr von Missverständnissen. Der Autor der Zeilen war in der Forschung im Bereich der Landnutzung, Ökologie und Naturgefahren tätig, vorgängig 30 Jahre in der Praxis. Wenn mit den Darlegungen die territoriale Integrität der eigenen Scholle angetastet oder gar infrage gestellt wird, muss man mit Gegenwehr rechnen, das Selbstbestimmungsrecht wird als bedroht betrachtet.

Ich bin mir bewusst, dass die vorliegenden Aussagen Kampfangen liefern können, man wolle die Bergbevölkerung vertreiben und dort Naturschutzgebiete einrichten. Das ist nicht meine Absicht. Es geht um eine Fortentwicklung und Anpassung an Gegebenheiten, einem sowohl als auch. Ein reines Abwehrdispositiv bringt uns für Lösungsansätze auch nicht weiter. Andererseits ist es mit einem verordneten Subventionsabbau alleine auch nicht getan. Ich meine, es braucht einen intensiven und wohl längeren Dialog, das heisst einander zuhören, so dass die Betroffenen, wir alle, erkennen, was die Stunde erfordert. Mit einem alleinigen «Top down» sind wir bereits zweimal bei Nationalparkausweisungen in den Alpen gescheitert. Aus den dort gemachten Erfahrungen gilt es zu lernen. Lösungsansätze sind in Kleinregionen anzugehen, und der Fokus ist auf ein Geben und

Nehmen auszurichten. Dafür benutzte ich den Versicherungsbegriff «Bonus-Malus». Mit nur «Malus» geht es nicht. Es braucht auch Anreize, so etwa die Abgeltung der CO₂-Senke.

Eine eigene Erfahrung möchte ich an den Schluss stellen. Eine vermittelnde Rolle in solchen Diskussionen können Ferienhausbesitzer in den peripheren Talschaften einnehmen. Es handelt sich dabei häufig um Abkömmlinge dieser Orte, sie teilen mit der verbliebenen Bevölkerung den Heimatbegriff. Sie leisten ihren Steuerbeitrag ohne Stimmrecht, könnten vermittelnd auftreten und sind darum in den Dialog mit einzubeziehen.

Nachsatz: In meiner Zeit als CIPRA-Präsident (Internationale Alpenschutzkommission) hatte ich die Bekanntschaft mit dem Walliser Autoren Maurice Chappaz (1916-2009) gemacht. Er schrieb uns ein Vorwort für einen Alpenreport. Wortgewaltig äusserte er sich u.a. in seinem Werk «Zuhälter des ewigen Schnees» zum Ausverkauf seiner Heimat und der Poet der Flüsse, Berge und Reben äusserte sich auch zur Gefahr vor Überflutungen. Er wurde darum im Kanton verteufelt, als Nestbeschmutzer und Landesverräter bezeichnet. Er kam spät u.a. mit dem Schiller-Preis zu Ehren. Maurice Chappaz hat es kommen sehen.

Quellen:

Amt für Raumentwicklung (2007): Siedlungsbericht Graubünden – Analyse der Siedlungsentwicklung seit 1980, 81 S.

Batthyany, S. (2024): Wir hätten allen Grund, uns zu töten. Aber wir umarmen uns. Interview NZZ am Sonntag Magazin Nr. 26, 30.Juni 2024, S.18-22.

Burgener, S. (2024): Maurice Chappaz hat es kommen sehen. Neue Zürcher Zeitung, 2. Juli 2024.

Cavelti, G. & Kopainsky, B. (2008): Strategien zum Umgang mit potenzialarmen Räumen, erarbeitet am Beispiel der Kantone Graubünden und Uri, Brugger und Partner AG, Amt für Wirtschaft und Tourismus Graubünden, Kanton Uri, Flury & Giuliani GmbH, 62 S.

Der Bundesrat (2016): Umgang mit Naturgefahren in der Schweiz, 129 S.

Diener, R.; Herzog, J.; de Meuron, P. & Schmid, C. (2006): Die Schweiz: ein städtebauliches Portrait, 3 Bände, Birkhäuser Verlag für Architektur.

Humbel, G; Messmer, P. & Plüss, M. (2024): Auch die Schweiz hat jetzt Klimaflüchtlinge, NZZ am Sonntag, 30. Juni 2024, S.2-3.

Neue Zürcher Zeitung (2024): Angesichts der drohenden Gefahren müssen wir den Alpenraum neu denken. Hochwasser-Experte Rolf Weingartner warnt davor, dass mit der Klimaänderung plötzlich Siedlungen und Weiler gefährdet seien, die seit Jahrhunderten sicher waren. 4. Juli 2024, S.9.

Mario F. Broggi, 8.7.2024